

# Antrag

**Initiator\*innen:** LPT // Protokoll

**Titel:** Klimaschutz für Alle

## Votum der Antragskommission

Debatte

## Antragstext

1 Wer mit offenen Augen durch Sachsen geht oder Nachrichten aus der ganzen Welt  
2 verfolgen, sieht die Folgen des Klimawandels in den letzten Jahren immer  
3 deutlicher: Waldbrände, Unwetter, Hitzewellen, Hochwasser, aber auch  
4 periodischer Wassermangel sowie Baumsterben sind seine bereits heute sicht- und  
5 erlebbaren Folgen. Der schlechte Zustand der Meere und das Artensterben von  
6 Pflanzen und Tieren sind real. Viele spüren mittlerweile: die Belastungsgrenzen  
7 der Erde sind fast erreicht. Die absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger  
8 ist daher offen für mehr Klimaschutz.  
9 Gleichwohl erwarten die Menschen laut Studien, dass die Politik die  
10 Voraussetzungen dafür schafft, dass sie wirksam am Klimaschutz mitwirken können.  
11 **Die Leute wollen** aber nicht, dass ihnen als Einzelnen die Verantwortung für mehr  
12 Klimaschutz allein überlassen wird. Sie fordern von der Politik einen  
13 umfassenden Plan, der dann auch zügig umgesetzt wird. Gleichzeitig blicken sie  
14 durchaus kritisch auf den Weg, wie Klimaschutz umgesetzt werden soll: Es dürfen  
15 möglichst keine bestehenden Arbeitsplätze verloren gehen. Es soll möglichst zu  
16 keinen finanziellen Mehrbelastungen für die Bürger kommen.  
17 Viele Ältere erinnern sich aber auch noch an die massiven Umweltprobleme der DDR  
18 – das Engagement für Umweltschutz war ein wichtiger Teil der friedlichen  
19 Revolution von 1989. Die meisten können sich entsinnen, wie nach der Deutschen  
20 Einheit das Gras wieder grün und die Flüsse sauberer wurden. Die Lösung lokaler  
21 Umweltprobleme gelang damals vielfach beeindruckend schnell.  
22 Gerade viele ältere Ostdeutsche erinnern sich, dass die östlichen Bundesländer

23 seit der Wiedervereinigung mehr CO<sub>2</sub> eingespart haben als Westdeutschland. Der  
24 Grund: die Wirtschaft und die Industrie waren zusammengebrochen. Der Fortschritt  
25 beim heimischen Umweltschutz wurde eben auch mit „blühenden Landschaften“ ohne  
26 Industrie und ohne Arbeitsplätze erkaufte. Zugleich sehen viele Arbeiterinnen und  
27 Arbeiter manche Erfolge der letzten Jahrzehnte gefährdet, in denen erfolgreich  
28 eine neue Industrie wiederaufgebaut und teils gut bezahlte Arbeitsplätze  
29 geschaffen wurden (z.B. die sächsische Automobilindustrie).  
30 Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe der gesamten Gesellschaft. Kein  
31 Bewegung, kein Verband und keine Partei kann sie allein bewältigen. Dennoch  
32 tragen unterschiedliche Akteure Verschiedenes bei. Die SPD hat dabei vier  
33 zentrale Rollen:

#### 34 **1. Der Klimaschutz muss umfassend und dauerhaft sein:**

35 Die SPD hat eine große Tradition als Umweltschutz- und Klimapartei. Der  
36 Gründungsauftrag der SPD 1989 fordert „eine ökologisch orientierte soziale  
37 Demokratie“, um „den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von  
38 Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.“  
39 Die SPD-Politiker Erhard Eppler und Hermann Scheer waren Wegbereiter der  
40 Umweltbewegung und der Energiewende.

41 Atomausstieg, Erneuerbare-Energie-Gesetz, Pariser Klimaabkommen, Kohleausstieg  
42 und Bundes-Klimaschutzgesetz: Die jüngere Geschichte der Klima- und  
43 Umweltpolitik in Deutschland zeigt, dass dauerhaft wirksame, umwälzende Reformen  
44 stets unter der Ägide von SPD-Kanzlern oder SPD-Umweltministerinnen  
45 vorgebracht wurden. Deutschland ist als erstes hochindustrialisiertes Land auf  
46 dem Weg in das Zeitalter der vollständigen Versorgung aus erneuerbaren  
47 Energiequellen. Alle Weichen dafür hat die SPD in Regierungsverantwortung  
48 gestellt.

49  
50  
51 Dennoch war das Thema Klimaschutz lange nicht weit oben auf der politischen  
52 Agenda. Auch die SPD hat den Klimaschutz zu lange nicht ernst genug genommen.  
53 Für uns ist Klimaschutz kein Thema aus der politischen Nische mehr, sondern  
54 eine zentrale Zukunftsmission. Anders als die Union begnügen wir uns nicht mit  
55 leeren Worthülsen, sondern haben einen konkreten Plan vorgelegt, wie Deutschland  
56 bis 2045 klimaneutral wird.

57  
58 Wir sind in der Großen Koalition schon wichtige Schritte für mehr Klimaschutz  
59 gegangen. Mit dem Klimaschutzgesetz gibt es erstmals einen rechtlichen  
60 verbindlichen Rahmen und sektorspezifische Klimaziele. Mit dem Klimapaket haben  
61 wir bereits ein erstes großes Investitionspaket zur Förderung klimafreundlicher  
62 Technologien geschnürt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigt uns aber  
63 auch deutlich: was wir bisher gemeinsam mit der Union erreicht haben, genügt  
64 nicht. Es genügt weder, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, noch um Freiheit und

65 Lebensgrundlagen junger Menschen und nachfolgender Generationen zu schützen. Die  
66 SPD wollte deshalb von vornherein ein Zwischenziel für 2040. Wir haben und nun  
67 in der Bundesregierung durchgesetzt und eine schnelle Reform des  
68 Klimaschutzgesetzes mit einem neuen Zwischenziel für 2040 und strengeren Zielen  
69 für 2030 auf den Weg gebracht.

70  
71 In der neuen Bundesregierung wollen wir mit Olaf Scholz als Kanzler für  
72 Verlässlichkeit beim Klimaschutz sorgen. Dass es nun verlässliche Ziele für den  
73 Klimaschutz gibt, ist gut. Für die Leute ist aber nicht das Ziel entscheidend,  
74 sondern was für sie ganz konkret bedeutet. Eine vordringliche Aufgabe für die  
75 SPD in der nächsten Bundesregierung wird es deshalb sein, ein Klimapaket zu  
76 schnüren, das ausreicht, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Denn nur  
77 so schaffen wir Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Unternehmen können  
78 darauf ihre Investitionen in die Arbeit von Morgen ausrichten und auch der und  
79 die Einzelne wissen, ob es sich noch lohnt einen Verbrenner zu kaufen und wann  
80 es an der Zeit ist, die alte Ölheizung zu ersetzen. Nur mit einer umfassenden,  
81 nachhaltigen und verlässlichen Politik wird es uns gelingen, gesellschaftliche  
82 Akzeptanz fester verankern und weitreichende Maßnahmen im Klima- und  
83 Umweltschutz möglichst unumkehrbar machen.

## 84 **2. Es ist die SPD, die den Menschen Sicherheit im ökologischen Strukturwandel** 85 **geben kann.**

86 Mehr Klimaschutz ist nun rechtlich verbindlich. Es stellt aber nun auch riesige  
87 Anforderungen an alle: Den Staat, die Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger.  
88 Wir haben den Anspruch, dass der damit einhergehende Wandel für alle gut  
89 funktioniert: für den Handwerker aus Ostsachsen, der mangels guter  
90 Nahverkehrsangebote mit dem Auto zur Arbeit pendelt. Für eine Arbeiterin in der  
91 Automobilindustrie oder für eine Familie, die monatlich ihre Miete überweist. Es  
92 geht also nicht mehr um die Frage des „ob“, sondern nur noch um die Frage „Wie“.  
93 Wenn manche entweder alles nur dem Markt überlassen wollen oder sich immer mehr  
94 wünschen, aber nicht erklären, wie man das realistisch umsetzen will, werden die  
95 Leute einer ambitionierten Klimapolitik immer weniger folgen. Wer Klimaschutz  
96 primär zur individuellen Angelegenheit erklärt und auf die Bürgerinnen und  
97 Bürger abwälzt, überfordert viele und treibt die Spaltung der Gesellschaft  
98 voran: Wer sich Klimaschutz leisten kann, der ist moralischer Vorreiter – wem  
99 die Mittel fehlen, der bleibt „Klimasünder“ und muss auch noch bezahlen.  
100 Denn wenn wir massive Schritte zu mehr Klimaschutz gehen, dann muss dieser Umbau  
101 auch klappen. Wenn wir nicht jetzt zusätzliche massive Kapazitäten für Strom aus  
102 regenerativen Energien ausbauen und den Menschen einfachere und kostengünstigere  
103 klimaneutrale Alternative zur Verfügung stellen, dann wird alles nur teurer,  
104 aber nicht besser. Wir brauchen eine Politik, die Arbeit für die Zukunft  
105 schafft. Uns ist klar: wenn der Klimaschutz auf Kosten von Hunderttausenden von  
106 Arbeitsplätzen geschieht, ohne den Leuten eine Perspektive anzubieten, dann

107 werden viele Menschen Parteien wählen, die nur Arbeitsplätze erhalten wollen,  
108 aber den Klimaschutz vernachlässigen. Daher müssen wir auch über das „Recht auf  
109 Arbeit“ in Deutschland diskutieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die  
110 ökologische Modernisierung den Standort Deutschland stärkt, neue und gut  
111 bezahlte Arbeit schafft und auch in der Zukunft für ein gutes Leben sorgt.  
112 Mit bis zu 40 Milliarden Euro unterstützt der Bund die Lausitz, das  
113 Mitteldeutsche und das Rheinische Revier auf ihrem Weg in die neue Zeit. Es gibt  
114 ein Anpassungsgeld für die Beschäftigten. Darüber hinaus unterstützen wir die  
115 Automobilindustrie und ihre Zulieferer bei der Umstellung auf klimafreundliche  
116 Antriebe und fördern Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.  
117 Schließlich wird von vielen unterschätzt, wie wichtig die grundsätzliche Reform  
118 des Sozialstaates für den ökologischen Strukturwandel der Gesellschaft ist. Wir  
119 brauchen einen „neuen Sozialstaat“, der die Menschen in Zeiten von  
120 Digitalisierung und Klimaschutz vor einem sozialen Absturz schützt und  
121 Lebensleistungen anerkennt. Dafür braucht es ein neues Band der Solidarität,  
122 welches das ganze Leben in diesen radikalen Wandlungsprozessen umspannt.

### 123 **3. Die SPD steht für massive Investitionen in Innovationen der Zukunft**

124 Der Umbau unserer Wirtschaft, Infrastruktur und Industrie bietet riesige  
125 Chancen. Nicht nur für das Klima, die Natur oder die Gesundheit von Menschen,  
126 sondern auch für tarifgebundene, gut bezahlte Arbeitsplätze – Hunderttausende  
127 neue Jobs können geschaffen werden. Wir brauchen ein neues Zusammenspiel von  
128 wirtschaftlichem und staatlichem Handeln. Wenn wir die ökologische und digitale  
129 Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Gewinn aller gerecht  
130 gestalten wollen, brauchen wir einen zukunftsorientierten Staat. Als  
131 öffentlichen Auftraggeber, der Innovationen marktfähig macht. Als strategischen  
132 Investor, der Potenziale entfesselt.  
133 Als SPD auf Bundesebene haben wir die Konjunkturprogramme gegen die Corona-Krise  
134 auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und der Nachhaltigkeit  
135 ausgerichtet. Damit bereiten wir den Weg für den Ausstieg aus dem fossilen  
136 Zeitalter und den Einstieg in eine klimafreundliche Zukunft: mit  
137 milliardenschweren Investitionen in Busse und Bahnen, in Elektromobilität, in  
138 klimaneutrale Gebäude und Städte, mit der Förderung von Solar- und Windanlagen,  
139 modernen Heizungen und grünem Wasserstoff. Wir haben mit dem Klimaschutzprogramm  
140 2030 das größte Investitionsprogramm für die ökologische Modernisierung unseres  
141 Landes geschnürt, das es je gab. Über 54 Milliarden Euro haben wir zur Verfügung  
142 gestellt.  
143 Wir brauchen auch in Sachsen eine Investitions- und Innovations-Offensive, um  
144 den Klimaschutz im Freistaat voranzubringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.  
145 Wir haben in Sachsen sehr gute Ingenieur\*innen, Projektierer\*innen und  
146 Anlagenbauer\*innen, die dies am Ende umsetzen müssen. Damit diese Offensive  
147 gelingt, brauchen sie die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen, sei es  
148 bei der Windenergie oder dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

149 Und dies ist dringend nötig: Denn wir stehen bei den Klimaschutztechnologien in  
150 einem harten nationalen und internationalen Wettbewerb. Wir dürfen hier nicht  
151 den Anschluss verlieren. Investitionen in Klimaschutz bedeuten eben auch  
152 Investitionen in die Arbeit der Zukunft. Diese Investitionen sind Voraussetzung  
153 für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftskraft, insbesondere  
154 für die exportorientierte sächsische Industrie.  
155 Mangelnde Investitionen oder gar Kürzungen untergraben hingegen die  
156 Unterstützung der Bevölkerung für den Klimaschutz: Denn die Leute lehnen es zu  
157 Recht ab, dass ihnen allein als Person die Verantwortung für den Klimaschutz  
158 zugeschoben wird. Nicht jeder und jede kann sich ein teures Elektroauto leisten,  
159 sondern benötigt Alternativen, um kostengünstig und klimafreundlich etwa auf den  
160 öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Wir müssen deshalb massiv in den Ausbau des  
161 ÖPNV, erneuerbare Energien und in eine Lade-Infrastruktur investieren. Es sollte  
162 nicht darum gehen, Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben.  
163 Die klimaneutrale Alternative muss die einfachere und ökonomischere sein. Das  
164 gilt nicht nur für die Seite der Verbraucher\*innen, sondern auch für die  
165 Wirtschaft: Solange Unternehmen mit fossilen Energieträgern Milliarden Gewinne  
166 machen, fehlen ihnen die marktwirtschaftlichen Anreize, an ihrem Geschäftsmodell  
167 grundlegend etwas zu ändern.

168  
169 Diese Milliarden Gewinne beruhen häufig auch auf dem immensen Subventionen und  
170 Steuererleichterungen für fossile Energieträger. Wir werden deshalb überprüfen,  
171 wie wir diese Subventionen abbauen und umgestalten können. Die eingesparten  
172 Kosten für Subventionen wie das Dieselprivileg und die Mehrwertsteuerbefreiung  
173 für Flugtickets sollen in klimafreundliche Technologien wie Kaufprämien für E-  
174 Autos, bessere Zugverbindungen, Nachtzüge zu beliebten Urlaubszielen und ein  
175 Abschmelzen der EEG-Umlage eingesetzt werden. Bei der Umgestaltung dieser  
176 Subventionen werden wir darauf achten, dass alle genügend Zeit bekommen, sich  
177 umzustellen.

#### 178 **4. Wir müssen dafür sorgen, dass der Klimaschutz gerecht abläuft.**

179 Klimaschutz, der unsere Lebensgrundlagen wirksam schützt, wird den Menschen  
180 massive Veränderungen abverlangen. Die meisten Menschen sind bereit ihren  
181 Beitrag zu leisten, wenn sie sehen, dass es beim Klimaschutz gerecht zugeht und  
182 sie im Gegenzug verbindliche Sicherheiten erhalten.  
183 Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacherprinzip verteilt  
184 und getragen werden. Wir sorgen dafür, dass sie auch einkommensgerecht erfolgen.  
185 Ökologisch notwendige Reformen werden Mobilität, Energie, Lebensmittel oder  
186 Wohnen teurer machen. Wer aber nur den allgemeinen Verbrauch verteuert, schließt  
187 Einkommensschwächere vom Konsum aus, während Wohlhabende die Verteuerung kaum  
188 spüren. Dies ist besonders ungerecht, weil Haushalte mit schmalen Geldbeutel  
189 einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als viele Besserverdienende  
190 Haushalte.

191 Die SPD steht für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft in  
192 zweifacher Hinsicht. Wir wollen erstens neue Perspektiven für die Beschäftigten  
193 der Branchen schaffen, deren Jobs absehbar keine Zukunft mehr haben in einer  
194 klimaneutralen Wirtschaft. Sie erwarten keine Almosen, sondern Chancen um ihr  
195 Know-How in die Transformation dieser Gesellschaft einzubringen. Die  
196 Strukturwandelregionen sollen Zukunftsregionen werden.  
197 Daneben achten wir zweites darauf, dass höhere Kosten für ökologische Produkte  
198 und Dienstleistungen gerecht verteilt werden. Der soziale Zusammenhalt unserer  
199 Gesellschaft darf nicht zum Kollateralschaden einer ökologischen Transformation  
200 werden! Stärkere Schultern können höhere Beiträge zur ökologischen  
201 Transformation leisten als schwächere. Sie müssen es sogar, wenn die Mission  
202 erfolgreich sein soll. Deshalb wollen wir ökologisch begründete Mehrbelastungen  
203 möglichst ausgleichen und darüber hinaus die Arbeitsgesellschaft und den  
204 Sozialstaat zum Treiber der ökologischen Transformation machen. Der gerechte  
205 Übergang kann nur in einer gerechten Gesellschaft stattfinden.  
206 Für uns folgt daraus, dass wir nicht nur darauf setzen können, klimaschädliche  
207 Produkte zu verteuern. Wir müssen klimafreundliche Alternativen auch finanziell  
208 fördern. Beides kann nur gemeinsam funktionieren. Wir werden auch sorgsam  
209 prüfen, ob Anreize immer das gerechteste Mittel für mehr Klimaschutz sind oder  
210 ob wir mit dem klassischen Ordnungsrecht nicht für mehr Gerechtigkeit im  
211 Klimaschutz sorgen können. Denn wer viel Geld hat, den stören auch höhere  
212 Spritpreise oder teurere Flugreisen nicht, während die höheren Preise Menschen  
213 mit kleinen und mittleren Einkommen hart treffen.  
214  
215 Diese vier Aufgaben hat die SPD, um dem Klimaschutz auch in Sachsen einen  
216 weiteren entscheidenden Impuls zu geben.

## 217 **MEHR KLIMASCHUTZ IN SACHSEN**

218 Wir bekennen uns zum Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5  
219 Grad zu begrenzen. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Darum  
220 haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral  
221 zu sein. Aus diesem Grund werden wir uns auch auf Landesebene dafür einsetzen,  
222 dieses Ziel gesetzlich zu verankern und in regelmäßigem Turnus die Maßnahmen zur  
223 Zielerreichung zu überprüfen.  
224 Weil der Klimawandel eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft  
225 unseres Landes ist, sollte er als Staatsziel in die Sächsische Verfassung  
226 aufgenommen werden, um ihn ausdrücklich als verfassungsrechtliche Aufgabe von  
227 Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu verankern.  
228 Die Staatsregierung soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen, ihre  
229 Veranstaltungen nachhaltig planen und umsetzen sowie den Anteil von  
230 Elektrofahrzeugen im Landes-Fuhrpark und die Anzahl der Ladesäulen an Landes-  
231 Liegenschaften deutlich erhöhen.  
232 Allerdings müssen für die Zukunftsinvestitionen auch die nötigen Mittel zur  
233 Verfügung stehen. Im Doppelhaushalt 2021/22 haben wir in den Verhandlungen mit

234 CDU und Grünen erreicht: wir können uns im ÖPNV und im Regionalverkehr auf die  
235 Stärkung des Netzausbaus im ländlichen Raum konzentrieren. Das Plus- und  
236 Taktbus-Netz bauen wir weiter aus. Das Azubi- und Freizeitticket runden wir mit  
237 einem Bildungsticket ab. Wir werden die Anschaffung von neuen Bussen und Bahnen  
238 fördern und so die sächsische Schienen- und Fahrzeugindustrie stärken. Der  
239 ursprünglich vorliegende Vorschlag des CDU-Finanzministers hätte hingegen  
240 massive Kürzungen öffentlicher Mittel für Busse, Bahnen und Straßen für diese  
241 beiden Jahre bedeutet.

242 Doch darüber hinausgehende Investitionen in Klimaschutz und Zukunftstechnologien  
243 drohen ausgebremst zu werden.

244 Hier ist zum einen das Problem der Schuldenbremse: Sachsen hat sich im April  
245 2020 entschieden, bis zu sechs Milliarden Euro an Krediten aufzunehmen, um die  
246 Bewältigung der Corona-Pandemie zu finanzieren. Diese Entscheidung hat sich als  
247 richtig erwiesen. Nach geltender Verfassungslage müssen diese Kredite innerhalb  
248 von acht Jahren getilgt werden. Da erst nach zwei Jahren mit der Tilgung  
249 begonnen wird, muss Sachsen in den Jahren von 2023 bis 2028 jährlich eine  
250 Milliarde Euro in die Tilgung stecken. Eine Milliarde Euro pro Jahr  
251 zurückzahlen, das entspricht einem Drittel der freien Mittel des  
252 Landeshaushalts. Das bedeutet im Klartext: Wir können nur noch Pflichtaufgaben  
253 erfüllen, es stehen aber kaum mehr Investitionen Klimaschutzmaßnahmen zur  
254 Verfügung. Wir machen das Land handlungsunfähig, während andere in die Zukunft  
255 investieren.

256 Zum anderen fehlen auch im laufenden Haushalt massiv Mittel, um der  
257 Zukunftsaufgabe gerecht zu werden. Als SPD plädieren wir weiter für die Bildung  
258 eines Sondervermögens FONDS "SACHSEN 2050" neben dem regulären Haushalt. Als  
259 Startkapital werden Kreditmittel im Umfang von mindestens 2,5 Milliarden Euro  
260 eingelegt, die langfristige Tilgung wird durch die Zuführung von  
261 Haushaltsüberschüssen gesichert. Mit diesem „Fonds Sachsen 2050“ wird  
262 sichergestellt, dass wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit erhalten  
263 werden sowie unser Land nicht abgehängt und in seine Zukunft investiert wird.  
264 Damit wollen wir Zukunftsinvestitionen in folgenden Bereichen voranbringen:

- 265 • klimafreundlicher Umbau des Verkehrsnetzes (v.a. Angebotserweiterung und  
266 Stärkung im Öffentlichen Personen- und im schienenengebundenen Güterverkehr  
267 sowie im Radverkehr)
- 268 • ökologischer Umbau von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft
- 269 • Ausbau alternativer Energieträger wie Wasserstoff und welche einen  
270 klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung vorantreiben.
- 271 • Ausbau von Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung (Breitband, 5G  
272 u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den Verbrauch von

273 Energie. Doch Digitalisierung kann auch genutzt werden, um Mobilität und  
274 Verkehrsflüsse oder auch Saatgut- und Düngemittleinsatz zu optimieren und  
275 auf diese Weise ökologisch nachhaltig zu gestalten.

276 **AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IN SACHSEN ENDLICH VORANBRINGEN NICHT**  
277 **VERZÖGERN!**

278 Unser Ziel ist klar: Eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien bis  
279 spätestens zum Jahr 2040. Wir wollen eine bezahlbare Versorgung mit erneuerbarer  
280 Energie für alle. Die Kosten dafür müssen fair verteilt werden. Verlässliche und  
281 stabile Rahmenbedingungen für private Verbraucher\*Innen und Unternehmen  
282 unterstützen die notwendigen Investitionen.

283 Um die Ausbauziele zu erreichen, muss der Zubau von Wind- und Sonnenenergie  
284 deshalb erheblich beschleunigt werden, schon allein aufgrund des steigenden  
285 Strombedarfs in der energieintensiven Industrie, im Verkehr, beim Heizen und der  
286 übergreifenden Digitalisierung. Diese wahrscheinliche Prognose macht es  
287 notwendig, Stromverbrauch und Stromerzeugung zu monitoren und den Zubau von  
288 Erneuerbaren zeitnah entsprechend anzupassen.

289 Der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien muss einhergehen mit einer  
290 langfristigen Absicherung einer zuverlässigen Stromversorgung. Hierzu sind  
291 national und international grenzüberschreitende Konzepte unter Einbeziehung  
292 einer effizienten Speicherstrategie erforderlich. Sachsen sollte sich dabei  
293 aktiv in den Roadmap-Prozess für eine klimaneutrale nationale und europäische  
294 Strategie zur Gestaltung der Strom- und Gasnetze einbringen.

295 Wir unterstützen daher die Überlegungen der SPD auf Bundesebene, einen  
296 Zukunftspakt Erneuerbare Energien zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu  
297 schmieden, um das klimapolitisch Notwendige mit dem regional Möglichen  
298 abzugleichen. Ein solcher Pakt legt Ausbaupflichten fest, begründet  
299 Unterstützungsinstrumente und schafft ein Monitoringsystem, das den Ausbau  
300 transparent macht.

301 Zudem wollen wir den Weiterbetrieb von Solar- und Windkraftanlagen nach Auslauf  
302 der Förderung erreichen. Das im Juni 2021 beschlossene sächsische Energie- und  
303 Klimaprogramm sieht einen zusätzlichen Ausbau von 10 Terrawattstunden (TWh)  
304 Jahrerzeugung aus erneuerbaren Energien (EE) bis 2030 vor. Bis 2024 soll ein  
305 Zubau-Zwischenziel von 4 TWh erreicht werden. Der Hauptteil der Jahrerzeugung  
306 soll durch die Windenergie gewonnen werden. Der Windausbau über Nutzwald darf  
307 kein Tabu mehr sein, wenn die Ziele im Windkraftzubau erreicht werden sollen.  
308 Derzeit wird der Ausbau der erneuerbaren Energien hauptsächlich über den  
309 Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne gesteuert. Das Instrument der  
310 Regionalplanung zur Steuerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, mit dem  
311 Ziel des Klimaschutzes, verfehlt jedoch leider sein Ziel, da die Fortschreibung  
312 dieser Pläne teilweise über 10 Jahre in Anspruch nimmt. Folglich würde jede  
313 Maßnahme erst deutlich zu spät Berücksichtigung finden. Um einen stetigen Zubau  
314 von erneuerbarer Energie sowie eine zeitgemäße Anpassung an aktuelle  
315 Entwicklungen im Energiesektor zu gewährleisten, müssen Energiethemen in den



316 regionalen Planungsregionen mindestens in einem regelmäßigen 5 Jahres-Turnus, in  
317 Form von sog. Energieteilplänen (inkl. Windenergie, Solarenergie, Bioenergie,  
318 Wasserkraft und Geothermie) fortgeschrieben werden. In diesem Turnus ist der  
319 zeitliche Aufwand für die Neuaufstellung der Regionalpläne bereits inkludiert,  
320 sodass aller 5 Jahre ein neuer gültiger Regionalplan vorliegen sollte.  
321 Der Anteil der für die Windenergienutzung ausgewiesenen Landes- und  
322 Gemeindeflächen sollte gegenüber dem Ist-Zustand (0,2 Prozent der Landesfläche  
323 Sachsens) deutlich erhöht werden. Dafür setzen wir uns für eine  
324 rechtsverbindlich geregelte Flächenausweisung (ohne restriktive Kriterien wie  
325 Höhenbegrenzungen) auf Bundes- und Landesebene ein und prüfen auch eine  
326 Abweichung von der Konzentration von Windenergieanlagen in Vorranggebieten oder  
327 deren Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung mit raumbedeutsamen Anlagen  
328 außerhalb dieser Gebiete. Zusätzlich setzen wir uns für eine Nutzung der  
329 Windenergie auf Kalamitätsflächen, Waldflächen mit geringem  
330 naturschutzfachlichen Wert (Monokultur-Nutzwälder) und in Wäldern mit  
331 überwiegend klimagestressten Baumbeständen (Kiefer, Fichte) ein. Im Gegenzug  
332 hierfür soll die Windenergie einen Beitrag in der Wiederaufforstung unserer  
333 Wälder leisten. Dies soll sichergestellt werden, in dem die durch Windenergie in  
334 Anspruch genommenen Flächen in anderen Bereichen wieder aufgeforstet werden und  
335 mit den Einnahmen durch die Windenergie der Umbau unserer klimagestressten  
336 Wälder zu biodiversen Mischwäldern gegenfinanziert wird. Zur Beschleunigung von  
337 Genehmigungsverfahren sollten die immissionsschutzrechtlichen Verfahren in der  
338 Landesdirektion angesiedelt werden. Hierfür muss selbstverständlich die  
339 personelle Ausstattung der Landesdirektion ausgebaut werden.  
340 Neben der Windenergie wird auch die Rolle der Solarenergie immer weiter an  
341 Bedeutung gewinnen. Wo der Ausbau von Photovoltaik im urbanen Raum immer mehr an  
342 Fahrt aufnimmt, wird er zurzeit im ländlichen Raum zunehmend ausgebremst.  
343 Wir wollen uns für eine Regelung auf Landesebene einsetzen, welche die  
344 Koexistenz von nachhaltiger Energieerzeugung durch Photovoltaikanlagen und  
345 landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf einer Fläche ermöglicht. Im gleichen Zug  
346 soll die Umsetzung von Freiflächenphotovoltaik auch auf landwirtschaftlich  
347 bewirtschafteten Flächen gefördert werden und planungsrechtliche Hemmnisse ab-  
348 statt aufgebaut werden. Zusätzlich setzten wir uns für ein realistisches  
349 Flächenziel für Photovoltaik auf Freiflächen (Grün- und Ackerflächen) ein.  
350 Von einer Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Solarenergie ist  
351 abzusehen, da diese keine Steuerungswirkung entfaltet und die Gemeinden so in  
352 ihrer eigenen Planungsfreiheit eingeschränkt würden. Eine mit der Gemeinde  
353 realisierte Freiflächenphotovoltaikanlage führt hierbei meist zu einer weitaus  
354 höheren Akzeptanz vor Ort, als durch eine Anlage, welche durch die  
355 Regionalplanung "aufgezwungen" wird. Zusätzlich soll die Doppelnutzung von  
356 Freiflächenphotovoltaik für Landwirte geöffnet werden (Bsp.:  
357 Freilandhühnerhaltung und Photovoltaikanlagen; Greening-Fläche und  
358 Photovoltaikanlage). Um die Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erhöhen, setzen  
359 wir uns des Weiteren dafür ein, dass die Flächen der PV-Anlagen nach dem Abbau  
360

361 der Anlagen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden können, ohne  
362 dass ein regelmäßiges Umbrechen des Boden stattfindet.  
363 Neben der konventionellen Freiflächenphotovoltaik bieten zukünftig große  
364 Ausbaupotenziale auch Floating-PV („Schwimmende Photovoltaik“ auf Seen etc.)  
365 sowie Agro-PV-Anlagen, die durch Stelzensysteme eine gleichzeitige Energie- und  
366 Lebensmittelernte ermöglichen. So ist Agro-PV beispielsweise aktuell die einzige  
367 Solartechnologie, welche eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Flächen mit  
368 konventionellen Mähdrusch-Kulturen (bspw. Weizen, Roggen) und Solarenergie  
369 ermöglicht.  
370 Derzeit sind jedoch weder Agro-Photovoltaik-Anlagen noch Floating-PV-Anlagen  
371 gegenüber anderen Freiflächen-PV-Anlagen wirtschaftlich konkurrenzfähig. Sachsen  
372 muss daher diese neuen Techniken fördern und sich auf Bundesebene für jeweils  
373 eigenständige Ausschreibungsrunden einsetzen. Des Weiteren ist eine  
374 Privilegierung von Agro-PV durch eine Änderung des § 35 BauGB bzw. der  
375 sächsischen Bauordnung zu erarbeiten.  
376 Die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung von Flächen  
377 für Windkraft-Vorhaben auf regionalplanerischer und für PV-Vorhaben auf Ebene  
378 der kommunalen Bauleitplanung ist wesentliche Voraussetzung für eine sächsische  
379 Energiewende und somit eng mit der Chance auf regionale Wertschöpfung verbunden.  
380 Voraussetzung ist ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Akzeptanz und regional-  
381 und kommunalpolitischem Willen in den Regionen, die Beteiligung und Teilhabe  
382 erfordern.  
383 Wo Anlagen für erneuerbare Energien entstehen, müssen die Leute vor Ort also  
384 profitieren! Finanziell verbindliche Beteiligungsoptionen wie es sie in  
385 Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg schon gibt, müssen auch in Sachsen  
386 umgesetzt werden. Über die faire Beteiligung der Umlandgemeinden hinaus muss es  
387 Möglichkeiten geben, dass Anwohner\*innen im Umfeld der Anlagen unabhängig vom  
388 Stromanbieter durch vergünstigte Anwohner-Stromtarife profitieren. Das ist  
389 gerecht und schafft Akzeptanz. Generell ist eine hohe Akzeptanz nur dann zu  
390 erreichen, wenn nicht nur rein finanzielle Beteiligungsangebote geschaffen  
werden, sondern auch Mitentscheidungen der Bürger\*innen möglich sind.

## 391 **JETZT IN KLIMASCHUTZTECHNOLOGIEN INVESTIEREN UND NACHHALTIGE ARBEITSPLÄTZE** 392 **SCHAFFEN**

393 Wir haben gerade massive Chancen für die sächsische Industrie, einen echten  
394 „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern zu erreichen, der Sachsen und auch  
395 andere Teile Ostdeutschlands von anderen Regionen positiv abhebt. Wir haben im  
396 Osten viel Potential und Spitzenleistung. Weil wir hier von der Infrastruktur  
397 über Forschung und Entwicklung bis hin zu den Unternehmen und den Anwendungen  
398 alles vorhanden haben. Wir haben so das erste Mal, wie alle anderen Bundesländer  
399 im Westen auch, die Chance, uns in manchen Wirtschaftsbereichen an die Spitze  
400 stellen. Keinen Nachbau West, kein bloßer Ausgleich von Nachteilen.  
401 Wir wollen daher das Know-how und die Technologien, die wir hier bereits in  
402 Sachsen haben, ausbauen, nutzen und damit Export-Chancen generieren – auch für

403 den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.  
404 Wenn wir also langfristig zukunftsfähige Arbeitsplätze haben wollen, dann müssen  
405 wir immer industrielle Entwicklung und Klimaschutz gemeinsam denken. Denn in  
406 dieser Kombination liegt letztlich die Zukunft. Zum einen haben wir in Sachsen  
407 in bestimmten Technologien wie der Elektrolyse eine international führende  
408 Position und zum anderen werden sich die Industriebetriebe zukünftig ihre  
409 Fertigungsstandorte dort aufbauen, wo sie die Möglichkeit haben, emissionsarm zu  
410 produzieren. Damit auch Sachsen diese Voraussetzungen in Zukunft erfüllt, müssen  
411 wir unsere Erzeugung erneuerbare Energien massiv ausbauen.  
412 Um auch zukünftig ein Energieland zu bleiben und Zukunftstechnologien wie grünen  
413 Wasserstoff zu fördern, müssen wir bis spätestens 2040 unseren Energiebedarf  
414 durch erneuerbaren Energieträger decken. Nur so haben wir die Möglichkeit,  
415 Arbeitsplätze und Zukunftstechnologien in Sachsen zu halten und unsere  
416 Potenziale weiter auszubauen.  
417 Die sächsische Automobilindustrie ist bundesweiter Vorreiter bei der Nutzung  
418 alternativer Antriebe. Sachsen ist Hauptland der Elektromobilität. Diese  
419 Entscheidung der Autohersteller hat das SPD-geführte Wirtschaftsministerium  
420 begleitet und unterstützt. Nun muss massiv die Ladeinfrastruktur durch  
421 staatlichen Investitionen ausgebaut werden, um den Marktanteil alternativ  
422 angetriebener Fahrzeuge in den nächsten Jahren deutlich zu steigen. Denn erst  
423 wenn ein Gebrauchtwagenmarkt für Elektrofahrzeuge entsteht, können breite Teile  
424 der Bevölkerung umsteigen - denn die meisten Menschen in Sachsen kaufen keine  
425 neue Autos, sondern gebrauchte Autos. Wenn wir den Ausbau der Elektromobilität  
426 hingegen nur dem Markt überlassen und den Benzinpreis zu schnell steigern und  
427 gleichzeitig nicht den Ausbau der Erneuerbaren Energien schneller vorantreiben,  
428 dann wird es für die Leute nur teurer, aber nicht besser.  
429 Wir werden weiter die Ansiedlung und die Schaffung neuer und nachhaltiger  
430 Arbeitsplätze in den Branchen Elektrolyse und Erneuerbare Energien begleiten und  
431 unterstützen. Sachsen hat eine lange Tradition als Energieland, Teile der  
432 Solarindustrie kommen derzeit wieder nach Deutschland und auch Sachsen zurück.  
433 Und auch etliche Projektierer\*innen im Bereich Windenergie haben ihren Sitz in  
434 Sachsen. Diese gilt es zu stärken und im Land zu halten, damit uns nicht erneut  
435 eine Abwanderung des Know-how ins Ausland, wie im Photovoltaik-Bereich nach  
436 China oder anderswo droht.  
437 Eine wichtige aktuelle Aufgabe besteht darin, die bereits entwickelten Anlagen  
438 und Komponenten wie z.B. die Elektrolyse-Stacks in großen Stückzahlen zu  
439 fertigen. Bei diesen Aufgaben werden die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und  
440 Mitarbeiter benötigt, die zum Teil heute in der Automobilzulieferindustrie  
441 beschäftigt sind und deren Arbeitsplätze auf Grund der Umstellung auf die  
442 Elektromobilität nicht erhalten werden können. Der Strukturwandel in der  
443 sächsischen Industrie muss durch Umschulungen und Weiterbildungen aktiv  
444 mitgestaltet werden, um die Potentiale für die Menschen im Land optimal zu  
445 nutzen.  
446 Gerade wer im Werk in der Produktion arbeitet, erwartet zu Recht von uns, dass  
447

448 wir ihr oder ihm eine Perspektive in der zukünftigen Arbeitswelt aufzeigen. Wenn  
449 wir heute nicht in die Zukunftstechnologien investieren, sind wir später  
450 gezwungen, diese zu importieren und müssen dann eine noch höhere  
451 Arbeitslosigkeit fürchten. Wir müssen deutlich stärker sichtbar machen, dass es  
452 vor allem die gut ausgebildeten Technikerinnen und Facharbeiter in Sachsen sind,  
453 die gerade auch in den Firmen des Maschinen- und Anlagenbaus die  
454 Entwicklungsergebnisse der angewandten Forschung in marktreife Produkte  
455 umsetzen. Nur mit Wissenschaftler\*innen allein wird die Umsetzung der  
456 Energiewende nicht gelingen.

457 Die hiesige Stahlindustrie bleibt ebenfalls ein wichtiger Pfeiler des  
458 Industriestandortes Sachsen. Mit einer Elektrostahlproduktion und damit einer  
459 klimafreundlichen Stahlwirtschaft könnte Sachsen relativ schnell zu einem  
460 wichtigen Standort für grüne und nachhaltige Stahlproduktion werden. Hierzu ist  
461 jedoch der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Bereitstellung von grünem Strom  
462 voranzubringen. Neben den großen Industriebetrieben müssen wir gerade in den  
463 Bereichen der innovativen Technologien und beim Einsatz der erneuerbaren  
464 Energien auch die kleinen Betriebe und Ausgründungen begleiten und unterstützen,  
465 denn die großen kapitalkräftigen Firmen haben ihre zentrale Entwicklung in der  
Regel nicht in Sachsen.

#### 466 **UMSETZUNG DER NATIONALEN WASSERSTOFFSTRATEGIE IN SACHSEN - VORAUSSETZUNGEN JETZT** 467 **SCHAFFEN**

468 Wir brauchen gerade im Bereich der Wasserstoffwirtschaft heute den Mut,  
469 konsequent in die neuen grünen Technologien zu investieren, damit spätere  
470 Generationen nicht einen deutlich höheren Preis bezahlen müssen, der sich aus  
471 unserer Untätigkeit und Unentschlossenheit ergibt.

472 Der Einsatz von CO<sub>2</sub>-frei hergestelltem Wasserstoff kann einen wichtigen Beitrag  
473 zur Sektorenkopplung und damit zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie beim  
474 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten leisten. Dazu brauchen wir eine sächsische  
475 Wasserstoff-Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt. Das  
476 reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das im Bundestag beschlossen wurde,  
477 bietet die Chance für einen Schritt nach vorne, obwohl nicht alle Ziele  
478 umgesetzt werden konnten. Um grünen Wasserstoff regional erzeugen zu können,  
479 brauchen wir in Sachsen einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.

480 Die EEG-Umlage-Befreiung von Strom zur Herstellung von grünem Wasserstoff ist  
481 bereits ein wichtiger erster Baustein, den wir begrüßen. Wir setzen uns  
482 weiterhin für eine klare europaweit einheitliche Definition von grünem  
483 Wasserstoff ein.

484 Solange grüner Wasserstoff knapp ist, sollte er bevorzugt dort angewendet  
485 werden, wo der Effizienzgrad hoch ist und keine oder nur schlechte Alternativen  
486 zur Dekarbonisierung bestehen. Das sind zuerst die energieintensiven bzw.  
487 Grundstoffindustrien sowie der Nutz- und Schwerlastverkehr und der Bahnsektor.  
488 Wir werden die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen verbessern und weiter  
489 ausbauen, um in diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu

490 schaffen. Dazu zählt auch die Investition in Leuchtturmprojekte mit nationaler  
491 Sichtbarkeit.

492 Dies kann im Bereich der Mobilität in den Bereichen ÖPNV, Schwerlast- und  
493 Flugverkehr geschehen, denn Sachsen verfügt über einmalige Kompetenzen im  
494 Bereich des Anlagenbaus sowie in der Forschung und Entwicklung. Damit können  
495 auch große Modellprojekte (z.B. zur Herstellung, zum Transport und zur  
496 Speicherung von Wasserstoff sowie zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe für  
497 den Flug- und Schwerlastverkehr) neben den Projekten zum Einsatz von Strom und  
498 Wasserstoff im ÖPNV realisiert werden. Da Sachsen vor allem im Bereich des  
499 Schwerlastverkehrs ein Transitland mit hohem Verkehrsaufkommen ist, besteht  
500 gerade hier ein dringender Handlungsbedarf und die Möglichkeit Wertschöpfung zu  
501 schaffen. Mit den Kompetenzen im Bereich der Brennstoffzellen- und der  
502 Fahrzeugentwicklung können bei der Entwicklung von LKW und Logistiklösungen  
503 wichtige Beiträge geleistet und Arbeitsplätze geschaffen werden.

504 PKW mit Wasserstoffantrieb sollten nicht im Fokus von Forschung und Entwicklung  
505 stehen. Grundsätzlich ist im Bereich der Mobilität in allen Fällen, wo es  
506 technisch und wirtschaftlich möglich ist, der direkt-elektrische Antrieb  
507 aufgrund des höheren Wirkungsgrades zu bevorzugen.

508 Damit die von den Bundesministerien in der Nationalen Wasserstoffstrategie für  
509 den Einstieg in die Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellten Mittel von sieben  
510 Mrd. Euro zu einer nachhaltigen Entwicklung in Sachsen beitragen, gilt es bei  
511 allen Investitionen in Infrastrukturprojekte den Fertigstellungs- und den  
512 Nutzungszeitraum zu bedenken. Mit einer hohen Priorität sollten jene Vorhaben  
513 vorangetrieben werden, die auch in einem zukünftigen CO<sub>2</sub>-freien Energiesystem  
514 nutzbar sind. Daher ist auch im Bereich der Gasversorgung 100 Prozent  
515 Wasserstoff-Readiness herzustellen, um den Einsatz von grünem Wasserstoff  
516 vorzubereiten.

517 Die Verfügbarkeit von sauberem Wasser ist eine wesentliche Grundvoraussetzung  
518 für die Elektrolyse, die nicht an jedem Standort gewährleistet ist. Auch hierzu  
519 gibt es in Sachsen innovative Ansätze zur Bereitstellung der erforderlichen  
520 Wassermengen (u.a. auch aus den Tagebauwässern in den Strukturwandelregionen),  
521 die wir begrüßen.

522 Nicht zuletzt ist es für die Akzeptanz von Wasserstofftechnologien in Sachsen  
523 dringend nötig, die Situation im ÖPNV und im Regionalverkehr deutlich zu  
524 verbessern. Auch hier kann neben dem Einsatz von Elektrobussen, der  
525 Wasserstoffantrieb von Bussen in Verbindung mit einer regionalen dezentralen  
526 Erzeugung des benötigten Wasserstoffs Impulse setzen. Hier sollte der Freistaat  
527 unbedingt die vorhandenen Förderprogramme nutzen, damit alle Menschen auch im  
528 ländlichen Raum einen besseren Zugang zu einer emissionsarmen Mobilität  
529 erhalten. Auch hier sollten die sächsischen Firmen beim Bau und dem Betrieb der  
530 Busse eine wichtige Rolle spielen und die Firmen qualifiziert werden, was vor  
531 allem auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte einschließt.

532 **KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE IM GEBÄUDESEKTOR JETZT SOZIAL GERECHT VORANBRINGEN!**

533 Neben der Energiewirtschaft und den Sektoren Mobilität und Industrie trägt auch  
534 der Gebäudesektor in großem Umfang zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen in Sachsen bei.  
535 Betrachtet man den Energiebedarf für einen privaten Haushalt, so stellt die  
536 Wärmebereitstellung den größten Anteil dar. Während es für Hauseigentümer mit  
537 Vergleichsweise hohem Einkommen die Möglichkeit gibt, sich eine CO<sub>2</sub>-arme  
538 Energieversorgung wie z.B. über eine Wärmepumpe oder Photovoltaik zu leisten,  
539 ist dies für den Mieter in einem Mietshaus nicht möglich. Daher sollten bei der  
540 Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudesektor und der Einbindung in das  
541 Stromnetz drei große Bereiche bedacht werden, wozu im Folgenden

- 542 • öffentliche Gebäude (wie Schulen und Rathäuser)
- 543 • große Mietshäuser sowie
- 544 • Ein- und Mehrfamilienhäuser

545 gezählt werden.

546 Durch die Abschaffung der EEG-Umlage bis Mitte der 2020er Jahre wird Eigenstrom  
547 und Mieterstrom deutlich günstiger.

548 Die Mehrzahl der Menschen wohnt in Mietwohnungen und möchte sich auch an einer  
549 klimafreundlichen und damit CO<sub>2</sub>-armen Energieversorgung beteiligen. Hierzu sind  
550 die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und die Option des  
551 Mieterstroms weiter voranzubringen, was durch Förderungen bei den noch oder  
552 wieder im kommunalen Besitz befindlichen Wohnungen geschehen soll. Zudem kann  
553 der selbst erzeugte Strom den Mietern auch zum Laden ihrer e-Autos oder anderer  
554 e-Fahrzeuge (Roller, Pedelecs, etc.) bereitgestellt werden.

555 Bei allen öffentlichen Gebäuden in Sachsen wollen wir neben einer CO<sub>2</sub>-armen  
556 Wärmebereitstellung auf allen geeigneten Dachflächen die Installation von  
557 Photovoltaikanlagen umsetzen. Damit sollen die Kommunen und das Land eine  
558 Vorbild- und Vorreiterfunktion im Bereich der erneuerbaren Energien einnehmen.  
559 Hierfür sollten Fördermittel des Bundes und landeseigene Mittel eingesetzt  
560 werden.

561 Dazu wollen wir, dass bei allen Investitionsentscheidungen von  
562 Landesliegenschaften oder Landesanstalten sowie öffentlichen Gebäuden ein CO<sub>2</sub>-  
563 Schattenpreis (Berechnung nach social cost oder social value Methode) in der  
564 Kalkulation berücksichtigt wird.

565 Bei allen Neubauten, vor allem der öffentlichen Hand (Landesliegenschaften,  
566 Landesanstalten, Schulen, Verwaltung etc.), sollte zukünftig eine Installation  
567 von Photovoltaikanlagen verpflichtend vorgesehen werden. Das Ziel dabei sollte  
568 immer eine 100 prozentige Energieversorgung des Eigenbedarfs sein. Für den  
569 aktuellen Gebäudebestand ist eine Nachrüstung (im gleichen Maße) zu prüfen und  
570 innerhalb der nächsten 15 Jahre zu realisieren.

571 Alle Maßnahmen sind durch entsprechende Landesregelungen voranzubringen.

572 Insgesamt muss es sozialdemokratisches Ziel sein, CO<sub>2</sub>-armes und bezahlbares  
573 Wohnen für alle Menschen zu ermöglichen, sowohl bei Neubauwohnungen als auch im  
574 Altbestand. Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften sind dazu verpflichtet,  
575 ihren Beitrag zu leisten, dies ist allein schon aus der im Grundgesetz  
576 verankerten Forderung „Eigentum verpflichtet“ direkt abzuleiten. Für eine  
577 schnelle Umsetzung sollte für den privaten Immobiliensektor eine  
578 Photovoltaikausbau- sowie Energiespeicherförderung aufgesetzt werden.  
579 Um das tatsächlichen Potenzial für Photovoltaikdachanlagen zu ermitteln, ist ein  
580 Dachkataster zu erarbeiten. Mit Hilfe des Dachkatasters muss anschließend ein  
581 Modernisierungsprogramm für Photovoltaikanlagen erarbeitet werden. In der  
582 Zwischenzeit muss die sächsische Bauordnung dahingehend geändert werden, dass  
583 bei Neubauten (jeglicher Art) die Installation einer Photovoltaikanlage  
584 verpflichtend ist. Als Auslegungsgrundlage soll hierbei der jährliche  
585 Energieverbrauch des Neubaus bzw. im Fall von energieintensiven Einrichtungen  
586 die Dachfläche Anwendung finden.

#### 587 **MEHR KLIMASCHUTZ MIT NEUEM SOZIALSTAAT UND EINER GERECHTEN GESELLSCHAFT**

588 Sozialdemokratischer Klimaschutz verteilt die finanziellen Lasten höherer  
589 Umweltstandards und Energiepreise gerecht. Für eine verursachungsgerechte  
590 Verteilung der Kosten ist es erforderlich einen CO<sub>2</sub>-Preis einzuführen, der sich  
591 an den Folgekosten orientiert, die durch den Klimawandel verursacht werden, und  
592 auch eine lenkende Wirkung erzielt.  
593 Im Gegenzug zur schrittweisen Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises wollen wir erstens bis  
594 2025 die EEG-Umlage abschaffen und die Förderung des EE-Ausbaus vollständig über  
595 den europäischen und nationalen Emissionshandel finanzieren. Je mehr die EEG-  
596 Umlage durch die Verteuerung fossiler Brennstoffe über einen CO<sub>2</sub>-Preis ersetzt  
597 wird, desto stärker sinkt der Strompreis, während v.a. Heizen und fossiler  
598 Verkehr teurer werden. Die Belastung verschiebt sich stärker aus dem  
599 Unternehmenssektor zu den Privathaushalten. U.a. werden stromintensive  
600 Unternehmen davon profitieren, während Mieter\*innen unsanierter Wohnungen oder  
601 Fernpendler\*innen mehr zahlen müssen.  
602 Es wäre ökologisch unsinnig und ungerecht, wenn gerade sie jetzt die  
603 Leidtragenden wären. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Entlastungen  
604 sektorspezifisch in den Bereichen Wohnen und Verkehr zu schaffen. So  
605 unterstützen wir zweitens die Forderung der Bundes-SPD nach einer sozial  
606 gerechten Aufteilung der CO<sub>2</sub>-Kosten zwischen Mieter\*innen und Vermieter\*innen,  
607 denn Mieter\*innen können und sollen die Erhöhung der Heizkosten nicht allein  
608 schultern. Zugleich sollen so die VermieterInnen so motiviert werden,  
609 Sonnenpanele aufs Dach zu installieren oder eine moderne Heizung einzubauen.  
610 Weil gerade einkommensschwächere Haushalte ihre Wärmeversorgung nicht  
611 kurzfristig anders organisieren können, muss drittens auch das Wohngeld erhöht  
612 werden. Und schließlich fordern wir viertens eine höhere Pendlerpauschale. Da  
613 diese unabhängig vom Verkehrsträger ist, bliebe der Anreiz für ökologische  
614 Verkehrsalternativen bestehen, ohne dass Pendler\*innen und Menschen in den

615 ländlichen Räumen pauschal durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung benachteiligt würden.  
616 Wir präferieren daher in den nächsten Jahren, die Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Abgabe für  
617 den massiven Ausbau von Infrastruktur und klimafreundlichen Alternativen  
618 auszugeben, damit der Klimaschutz vorangeht und auch alle umsteigen können. Erst  
619 wenn dieser Umbau sichtbar vorangekommen ist, können die Einnahmen aus dem  
620 steigenden CO<sub>2</sub>-Preis über andere Instrumenten rückverteilt werden. Dann setzen  
621 wir uns auf Bundesebene für eine Klimaprämie ein, durch die der Staat die  
622 Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung pro Kopf zurückzahlt, für jede und jeden in  
623 gleicher Höhe. Für eine solche Großreform müssen zudem auch die  
624 Auszahlungsvoraussetzungen geschaffen werden.

625 Grüne und Teile der CDU wollen hingegen von dem gemeinsam vereinbarten Preispfad  
626 abweichen und schon ab 2023 einen CO<sub>2</sub>-Preis von 60 Euro pro Tonne. Wird der CO<sub>2</sub>-  
627 Preis aber zu schnell auf ein zu hohes Niveau erhöht, so hat er keine  
628 Lenkungswirkung, sondern wirkt als Bestrafung einer Lebensweise - denn  
629 Alternativen für den Umstieg stehen den meisten nicht zur Verfügung. Es ist also  
630 vor allem eine Frage des Zeitpunkts. Und der klugen Kombination von CO<sub>2</sub>-  
631 Bepreisungen, Investitionen und Förderungen.

632 Eine elementare Voraussetzung für das Gelingen der Transformation ist die  
633 Sicherung der gesellschaftlichen und sozialen Basis für einen dauerhaft  
634 ambitionierten Klimaschutz. Dazu brauchen wir eine Neukonzeption des  
635 Sozialstaates. Es geht nicht nur um ein Abfedern, sondern um eine neue  
636 Sicherheit im Wandel. Mit unserer Idee des "Neuen Sozialstaats" formulieren wir  
637 den Anspruch, anders als Hartz IV im stattfindenden Strukturwandel  
638 Abstiegsängsten entgegenzuwirken und neue Aufstiege zu ermöglichen. Denn viele  
639 Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg bei Verlust des Arbeitsplatzes  
640 um, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen vorantreiben. Sie befürchten dann ganz  
641 konkret, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden mit Menschen, die  
642 lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. Dass Arbeit und längere  
643 Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst ungerecht  
644 empfunden, und das ist es auch.

645 Politik und Wirtschaft müssen den Menschen Sicherheit geben, dass sie vor den  
646 Veränderungen keine Angst haben müssen – weder im Alltag noch im Job. Wir können  
647 dabei keiner Person, die heute Komponenten einen Dieselmotors zusammenbaut,  
648 versprechen, dass das die nächsten 40 Jahre so bleibt. Unser Versprechen ist,  
649 dass wir alles versuchen, dass er oder sie eine gleichwertige gute Beschäftigung  
650 bekommt. Deshalb wollen wir Arbeit für alle ermöglichen und ein Recht auf Arbeit  
651 statt eines bedingungslosen Grundeinkommens schaffen. Wer arbeiten will und  
652 kann, soll ein Angebot auf Arbeit, Ausbildung oder Qualifikation erhalten. Zu  
653 keiner Zeit im Erwerbsleben sollen die Menschen allein gelassen werden. Denn uns  
654 wird die Arbeit nicht ausgehen, aber sie wird sich in vielen Bereichen  
655 fundamental verändern. Wir müssen die Menschen unterstützen, sich Schritt für  
656 Schritt auf die Veränderungen einzulassen und sie zu bewältigen.

657 Wer dennoch seine Arbeit verliert und nach drei Monaten noch keinen neuen Job  
658 gefunden hat, erhält einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme und  
659



660 soll auf Vorschlag der SPD durch das Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q)  
661 unterstützt werden.

662 Die Idee eines neuen Sozialstaats beinhaltet zudem, dass alle, die viele Jahre  
663 in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, einen längeren Anspruch auf  
664 Arbeitslosengeld I haben. Wir wollen Menschen diese Sorgen nehmen und sie dabei  
665 unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen  
666 werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für zwei Jahre  
667 Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen. Wir wollen auch den Schutz von  
668 selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für  
669 Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergelds angewiesen ist, soll  
670 in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen.

671 Insgesamt gilt es dabei, über die Folgen von Klimaschutzmaßnahmen hinaus zu  
672 schauen: Wenn die Warm-Miete steigt, Treibstoff und Lebensmittel teurer werden,  
673 dann darf nicht nur die gerechte Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen in den  
674 Blick genommen werden. Die Stellschrauben liegen daher auch sechstens in einer  
675 gesamt ökologisch-sozialen Wende: Für die Beschäftigten müssen wir auf  
676 Bundesebene perspektivisch einen Mindestlohn von 12 Euro einführen und  
677 Tariflöhne stärken, damit sich auch Menschen mit kleinen Einkommen bessere  
678 Lebensmittel leisten können. Wir brauchen Maßnahmen, damit die Mieten nicht  
679 weiter ansteigen oder sogar wieder sinken sowie Veränderungen bei Wohngeld, um  
680 ggf. teurere Strompreise zu kompensieren. Wohnen muss als ein öffentliches Gut  
681 begriffen werden, das nicht allein dem privaten Markt überlassen bleiben darf.  
682 Schließlich müssen sich die großen Vermögen am Klimaschutz beteiligen: Es kann  
683 nicht sein, dass bei Krisen immer nur der Faktor Arbeit belastet wird, während  
684 die sehr hohen Vermögen wenig zum Klimaschutz beitragen, in sogar ausbremsen  
685 oder sich an den Kosten beteiligen, vielleicht sogar auf Kosten von Menschen mit  
686 kleinen Einkommen durch Klimaschutz einseitig bereichern. Es braucht daher  
687 gerade bei Klimaschutzmaßnahmen eine Rückkehr des Gemeinwohls und eine Stärkung  
des Gemeinwohls in der Fläche.